Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 5

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Durchbruch zur Gegenwart

Nach langen Monaten der Medienhysterie um den Fall Kopp, der Fichen-Geschichten und der «sensationellen» Enthüllungen aus dem Militärdepartement scheint die schweizerische Öffentlichkeit nun doch allmählich ihre Aufmerksamkeit schwergewichtig auf *das* zentrale Thema dieses Jahres, die Europapolitik auszurichten. Zu dieser Normalisierung der Medienöffentlichkeit haben neben den bei solchen Epidemien üblichen Ermüdungs- und Abnützungserscheinungen vor allem zwei Dinge beigetragen.

Zunächst einmal rang sich der Bundesrat nach einigem Zögern schliesslich zum längst fälligen Hinweis durch, dass die «Enthüllungen» mindestens teilweise Straftatbeständen gleichkämen, die verfolgt werden müssten. Gleichzeitig sah sich einer der anonymen «Kronzeugen» des Fernsehens unvermutet entlarvt und erst noch der vorsätzlichen Fehlinformation überführt. (Wo blieb da eigentlich die Entschuldigung der SRG?) Zum andern stellte sich heraus, dass die «Geheimarmee» zumindest für die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte (und damit für einen der ganz grossen sozialdemokratischen Kapuzinerprediger in dieser Sache) gar nicht so geheim war, womit auch dem übereifrig gewordenen weitverzweigten linken Medienverbund unseres Landes plötzlich der Teppich unter den Füssen wegrutschte.

Was zurückbleibt, ist die gründliche Aufarbeitung und Überholung der schon von der Natur der Sache her immer und überall schwierigen und zwiespältigen Problematik des Staatsschutzes. Dringlich geworden ist darüber hinaus — Geheimarmee hin oder her — eine Überprüfung der schweizerischen Sicherheits- und Rüstungspolitik, deren Rahmenbedingungen sich in den letzten Monaten zumindest politisch-psychologisch massiv verändert haben.

Notwendig wäre aber auch eine kritische Selbstanalyse der Rolle der Medien in den letzten anderthalb Jahren. Doch dies bleibt ein frommer Wunsch. Der sogenannte Recherchierjournalismus mit seinem Selbstverständnis als einer absoluten, allerdings nicht wirklich in die Verantwortung eingebundenen «Vierten Gewalt» ist eine Realität, mit der wir zu leben haben. Die einzige Variable bestünde darin, dass sich Regierung und Parlament mehr Rückgrat im Verhalten gegenüber den Medien zulegen würden; doch ist selbst hier, beim theoretisch wirklich noch Machbaren, wenig Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren am Platz.

Die Normalisierung des öffentlichen Diskussionsklimas hat lange auf sich warten lassen, wenn man bedenkt, dass auf unser Land schicksalsschwere Entscheidungen zukommen. Regierung und Volk haben in einem Tempo, das nicht mehr von uns bestimmt oder auch nur kontrolliert werden kann, gewissermassen den Durchbruch zur europäischen Gegenwart zu schaffen — einer

Gegenwart, die im Zeichen des Zerfalls vermeintlich einzementierter Grenzen und Fronten steht und unvermutet zum Aufbruch ins nächste Jahrtausend zu werden scheint. Die Unsicherheit, die sich dabei gegenwärtig allenthalben breit macht, ist verständlich.

Einerseits hat die permanente Nabelschau der letzten Monate grosse Informationslücken im Hinblick auf den Europäischen Wirtschaftsraum entstehen lassen. Und anderseits versetzt die Übungsanlage des vorbereiteten Dialogs zwischen EG und EFTA wie die Meinungsumbildung innerhalb des Europas der Sechs unsere Öffentlichkeit in eine völlig neuartige Situation. Denn der Bundesrat ist nach wie vor nicht in der Lage, die schweizerischen Positionen für die wohl im Mai oder Juni beginnenen formellen Verhandlungen bereits abschliessend zuhanden der Öffentlichkeit auszuformulieren — ganz einfach deshalb, weil nach wie vor auf Expertenebene noch immer laufend Detailfragen und alternative Positionen exploriert werden.

Hier hilft daher den politischen «Opinion Leaders» nur eines: sich so gut als möglich auf dem Laufenden zu halten und die komplexe Problematik sozusagen prophylaktisch in den verschiedensten Variationen laut zu überdenken. Dass dabei dem Bundesrat eine Vordenker- und Führungsrolle wie kaum je zuvor zufällt, liegt auf der Hand. Wie gut unser Land diese äusserst delikate Wegstrecke bewältigen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich das in den letzten anderthalb Jahren stark strapazierte Vertrauensverhältnis zwischen Regierung, Parlament und Volk innert nützlicher Frist zur vollen Tragfähigkeit regenerieren lässt.

Richard Reich

Konvergenztheorie — ein Ladenhüter

Die Konvergenztheorie war einst, insbesondere in den sechziger Jahren, hoch im Schwange. Aktualisiert wurde sie damals durch einen berühmt gewordenen Aufsatz des ersten Nobelpreisträgers für Nationalökonomie, *Jan Tinbergen*[1]. Er prognostizierte den marktwirtschaftlichen Ordnungen im Westen und den planwirtschaftlichen Ordnungen im Osten eine tendentielle, evolutionstheoretisch bestimmte *Annäherung*. Der Westen wird mehr Elemente einer gesamtwirtschaftlichen Planung übernehmen, der Osten dagegen wird geistige Anleihen bei der Marktwirtschaft aufnehmen. Beide Systeme nähern sich an; sie konvergieren — und werden sich eines schönen Tagesauf einer «Mittellinie» treffen. Die Systemunterschiede werden dann weitgehend *verschwunden* sein. Ost und West fallen sich gerührt in die Arme und werden erstaunt feststellen, dass die Spannungen, die sie vorher getrennt hatten, nur ein Irrtum der Geschichte waren.

Die Konvergenztheorie war in der Sicht von Tinbergen letztlich das Resultat der *ökonomischen Ratio*. Die Men-

schen werden, unabhängig vom System, in dem sie leben, in ihrem Verhalten mehr und mehr der ökonomischen Ratio, der Optimalität von wirtschaftlichen Lösungen, gehorchen. Die Planung einer Untergrundbahn in New York oder in Moskau erfolgt im Prinzip nach den gleichen Optimalitätskriterien. Deshalb werden sich künftig bei der Lösung gleicher oder ähnlicher Probleme in allen Ländern gleiche oder ähnliche Lösungen durchsetzen. Die *Ideologie* als Element der Ordnungsgestaltung wird einem dauernden Substanzverlust ausgesetzt und schliesslich keine Rolle mehr spielen. Die Wirtschaften «entideologisieren» sich. Die Menschen sind vernünftiger geworden. Die Annäherung an die «optimale Wirtschaftsordnung» ist dann total, wenn die ökonomische Ratio, die an der Optimalität ausgerichtete wirtschaftliche Vernunft, als Verhaltenskriterium absolut die Oberhand gewonnen haben wird.

Diese These verursachte seinerzeit einen *beträchtlichen Wirbel* und löste jahrelang eine kontroverse Diskussion aus. Und sie wurde schliesslich auch *politisch relevant.* Wäre sie nämlich zutreffend gewesen, so hätte sich der Westen lediglich auf ein Spiel auf Zeit einlassen müssen: grosse Konflikte vermeiden und der Konvergenz eine Chance geben, die Spannungsfelder sukzessive und allmählich abzubauen. Anstelle einer politischen Konfliktstrategie hätte eine evolutionäre Entwicklung die Ost-West-Konfrontation schliesslich überwunden. In östlicher Sicht wurde diese These freilich *nie akzeptiert,* weil Marx ja den *Zusammenbruch* des kapitalistischen Systems verkündet hatte, also keine Konvergenz, sondern eine *einseitige Annäherung* des Westens an den Osten durch Zwangsläufigkeit der in der Geschichte waltenden Gesetze. Soweit ist es allerdings, wie jedermann weiss, nicht gekommen. Aber auch der Professor aus Holland hatte sich geirrt. Die von ihm beschworene Konvergenz traf keine Anstalten, die Ordnungsdivergenzen und damit den ideologischen Konflikt zwischen Ost und West zur Hölle zu schicken und damit die Menschheit von einer Geissel der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu befreien. Und weil dies einer Mehrzahl von Ökonomen und Politikern relativ rasch einsichtig wurde, — weil, mit andern Worten, sich der Imperialismus der Ökonomen nicht so beharrlich und machtvoll ausbreitete, wie das Tinbergen angenommen hatte —, verschwand die Konvergenztheorie mit der Zeit aus Literatur und Diskussion. Sie wurde zu dem, was sie schon immer war, nämlich eine Arabeske, deren es in der Ökonomie bekanntlich nicht wenige gibt.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme scheint die Konvergenztheorie nun allerdings wieder zu *späten Ehren* zu kommen: der Osten befindet sich auf dem Marsch in marktwirtschaftlichere Ordnungsgefilde; damit werden, wie das die Konvergenzthese einst vorausgesagt hatte, die Systemunterschiede nivelliert. *Diese* Variante der Entstehung weitgehend kongruenter Ordnungsvorstellungen hatte die Konvergenzthese jedoch *nicht gemeint.* Ihr ging es um eine *gegenseitige* Annäherung. Das aber hat in den vergangenen Wochen und Monaten nicht stattgefunden. Vielmehr ist das passiert, was der Osten einst, freilich unter umgekehrten Vorzeichen, als seine Position reklamierte, nämlich eine *ein-*

seitige Annäherung des Ostens an den Westen. Nicht der Kapitalismus ist auf dem Misthaufen der Geschichte jämmerlich verendet, sondern jener Sozialismus, der dieses unschöne Schicksal den Kapitalisten prophezeite. Es wäre deshalb wohl gut, wenn die Konvergenzthese dort gelassen würde, wo sie sich bisher befunden hat, nämlich in der Versenkung. *Willy Linder*

[1] Jan Tinbergen, «Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen?», in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1963

Die aufsässigen Balten

«Im Juni 1940 überschritt die Rote Armee die Grenzen Litauens, Lettlands und Estlands, die NKVD übernahm die Macht, und die ganze bisherige Verwaltung hörte auf zu existieren . . . Neue Wahlen wurden sogleich befohlen. Mit früheren Wahlen hatten sie nichts gemein. Es gab eine einzige Kandidatenliste. Warum waren die Städte und Dörfer von Propagandaschriften überflutet? Warum heulten die Lautsprecher Tag und Nacht? Warum auf Lastwagen die riesigen Bilder der Kandidaten? Doch am Wahltag gingen alle an die Urnen. Wenn man seinen Zettel einlegte, wurde der Pass gestempelt. Das Fehlen dieses Stempels hiess, dass der Besitzer des Passes ein Volksfeind war . . . Eines der neuen Mitglieder des litauischen Parlaments war ein Jugendfreund. Einige Jahre vor dem Krieg war er Stalinist geworden. Er stammte aus Warschau und hielt sich bei Kriegsausbruch mehr oder weniger zufällig in Litauen auf. Dennoch wurde er zum Kandidaten bestimmt. Es gab in diesen Ländern so wenig Kommunisten, dass jeder eingesetzt wurde. Da Kandidatur gleich Wahl war, wurde er Abgeordneter. So konnte er für die Eingliederung eines Landes, mit dem er nichts zu schaffen hatte, in ein anderes Land, das er nur durch seine Propagandaliteratur kannte, stimmen.»

Ein verkürztes Zitat aus «Verführtes Denken» von *Czeslaw Milosz* (1952). Der Dichter, der in Wilna studiert hat, schildert sodann, wie die landwirtschaftlichen Genossenschaften zerschlagen wurden, und wie nach der Rückkehr 1944 — inzwischen hatte der Naziterror gewütet — die Deportationen einsetzten.

Wer sich heute über den Selbständigkeitsdrang der drei baltischen Republiken — allerdings auch Georgiens, das am 9. April den Jahrestag eines Massakers als Trauertag zelebrierte — aufregt und erklärt — wir hörten und lasen es auch hier —, Litauen sei viel zu klein, um unabhängig existieren zu können, sollte auf das erste im Westen geschriebene Buch des späteren Nobelpreisträgers zurückgreifen.

Die vorpreschenden Litauer — so schreibt unter anderen ein amerikanischer Professor in *«DIE ZEIT»* — sollten nicht Gorbatschow in Verlegenheit bringen, sondern sich an die neuen Bestimmungen halten, unter denen eine Republik aus dem sowjetischen Verband austreten könne.

Die Mindestfrist wäre fünf Jahre. Wer die Bestimmungen genau liest, wird sich überzeugen, dass es sich eher um ein Gesetz zur Verhinderung des Austritts handelt. Doch selbst die Mindestfrist von fünf Jahren ... Wer wird dann die Sowjetunion regieren? Fingerspitzengefühl, Verständnis für die nichtslawischen Teile der Sowjetunion hat sogar Gorbatschow noch in keinem Fall bewiesen.

Den Balten ist gegenwärtig der Umweg über Moskau nach Europa, dem «gemeinsamen Haus», auferlegt. Dort gehen manche Entscheidungen durch 23 Instanzen, und die Post — nicht nur aus dem Ausland — braucht sechs bis sieben Wochen.

Die baltischen Republiken haben verschieden starke Minderheiten. In Lettland ist fast die Hälfte der Bevölkerung allogen. In Estland sind es 40 Prozent, in Litauen 20. Da sich die Russen jeweils um die Kommunistische Partei scharen, konnte nur in Litauen der Bruch der Landespartei mit der Allsowjetischen Partei eindeutig vollzogen werden.

Moskau setzt auf die russischen Minderheiten und unterstützt massiv deren Kundgebungen. Die baltische Solidarität wurde sichtbar in der Menschenkette von einer Million, die sich am 23. März 1989 gebildet hat.

Wenn Sacharow noch lebte — wer zweifelt daran, dass er gegen die Zwängereien, Drohungen und die verfälschten Berichte des russischen Fernsehens seine Stimme erhoben hätte? Doch wie sich niemand die Perestroika ohne Gorbatschow vorstellt, so bestand die weltweit vernehmbare kritische Stimme Russlands offenbar aus Sacharow. In diesen Monaten hat kein westlicher Korrespondent irgendeine Kritik in der russischen Presse hinsichtlich des Umgangs mit den Balten zitiert. Es ist, als höre hier der Spass und die Glasnost auf.

Mag sein, dass die abrupte Proklamierung der Unabhängigkeit durch das Parlament in Vilnius mit dem sofortigen Vollzug unklug war. Unter dem täglich wachsenden Druck spricht und handelt Landsbergis viel behutsamer. Der Appell an die Demokratien zeugte für Unkenntnis. Doch bleibt für die Litauer der Beschluss bestehen; nur die Modalitäten und die Fristen des Übergangs werden elastischer formuliert. Den Willen, die Ausgehobenen nur in der eigenen Republik dienen zu lassen, haben auch die beiden anderen baltischen Regierung ausgedrückt, — das lettische Parlament hat es beschlossen.

In seiner Botschaft vom 31. März sprach Gorbatschow von «Herausforderung» und von «Beleidigung»; er forderte die augenblickliche Zurücknahme der «illegalen Gesetze» im Namen der «Demokratie in unserem ganzen Land». Auf diese noch nicht real existierende Demokratie im Riesenreich, dessen Führung nicht einmal bereit ist, über die Rückgabe japanischer Inseln zu diskutieren, verlassen sich die Balten nicht. Sie sehen in dieser Hinsicht bei den Russen in der Politik wie in der Wirtschaft keine Erfahrungen, die den ihrigen entsprächen.

In seinem frühen Buch «Geschichte und Utopie» hatte *E. M. Cioran* geschrieben, Russland habe sich nicht wie eine Nation entwickelt, sondern wie ein Universum. Da dieses Imperium *«von zusammengesetzter Gestalt und heterogenem Aufbau ist, braucht es, um fortbestehen zu können, das zusammenhaltende Prinzip des Terrors»*. Toleranz würde da *«wie ein tödliches Gift wirken»*.

Selbst das französische Empire hat sich in seiner Auflösung nicht zu einer «communauté» entwickelt, wie de Gaulle es hoffte, sondern bis auf einige ferne Inseln zu lauter souveränen Staaten. Noch unwahrscheinlicher wäre die Umwandlung des Sowjetreichs in eine lockere Konföderation. Gorbatschows Reformen bezweckten die Gesundung der Wirtschaft, die noch keine erkennbaren Fortschritte gemacht hat, doch sie haben den Willen zur Unabhängigkeit nichtrussischer Republiken ermutigt. So war es nicht gemeint!

Die Appelle aus dem Westen, ja nicht Gorbatschows Kreise zu stören, finden am Ort keinen Widerhall. Es kann gewiss nicht die Sache westlicher Aussenpolitik sein, Sezessionen zu ermutigen. Doch den Zusammenhalt des Imperiums für ein überragendes gemeinsames Interesse zu erklären, das geht in der umgekehrten Richtung zu weit. Die gewählten Vertreter von Völkern, die eigenständig im «Gemeinsamen Europäischen Haus» leben möchten, deswegen zu schulmeistern, steht insbesondere den Bürgern eines Kleinstaats nicht zu, der sich gerade anschickt, das Jubiläum des Austritts aus einem Grossreich zu feiern.

François Bondy

«BRUGG» – Engineering Total

Vieles funktioniert ganz selbstverständlich. Dahinter steht vielfach Engineering von BRUGG. Unsere Kabelsysteme für Energie- und Nachrichtenübertragung, Drahtseile, Steinschlag- und Lawinenüberbauungen, Fernwärme-Rohrleitungssysteme, helfen heute und in Zukunft, dass sich die Dinge bewegen. Schweizweit – Weltweit.

BRUGG

BRUGG KABEL AG

5200 Brugg · Telefon 056 48 31 31
Fax 056 42 28 41